

Tagesordnung:

- 1 Geschäftsbericht 2011 der ZENTEC GmbH
- 2 Antrag der CSU-Fraktion vom 01.02.2012:
Entwicklung und Durchführung des Ehrenamtsforums "Fit fürs Ehrenamt"
- 3 Stellungnahme des Landkreises Miltenberg zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms Bayern; Bekanntgabe einer Eilentscheidung
- 4 Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG);
Betrieb einer Atemschutzübungsstrecke im Industrie-Center Obernburg durch die Mainsite GmbH & Co. KG im Auftrag des Landkreises Miltenberg:
Techn. Sanierung der bestehenden Anlage
- 5 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Geschäftsbericht 2011 der ZENTEC GmbH

Landrat Schwing begrüßte den Geschäftsführer der ZENTEC GmbH, Herrn Dr. Heimann, der daraufhin den Geschäftsbericht anhand beiliegender Präsentation gab.

Landrat Schwing dankte ihm für seine kompakte Berichterstattung mit vielen interessanten Inhalten. Die ZENTEC GmbH sei eines der Flaggschiffe in der Region.

Kreisrat Reinhard dankte ihm für die Arbeit, die Dr. Heimann dort leiste, insbesondere für die hervorragende Netzwerkarbeit. Er fragte nach den provisorischen Parkplätzen hinter dem Gebäude und den Aktivitäten in Bezug auf die Energiewende.

Herr Dr. Heimann erklärte, die genannten Parkplätze bestünden noch aus der Bauphase, daher zwar eingefasst, aber nicht gepflastert. Man habe aber ein Agreement mit der Fa. Spilger als Nachbarn, man parke dort und am Wochenende parken dessen Gäste bei der ZENTEC GmbH. Dieses miteinander funktioniere und bislang habe man daher keinen Bedarf gehabt, die restliche Fläche vorzubereiten.

Im Bereich Energie sei noch die Diskussion der Energieagentur in der Region zu führen, diese müsse er abwarten.

Landrat Schwing ergänzte, Problem sei, dass bei diesem Thema die Stadt Aschaffenburg in einen Ausschuss gehe und es dadurch länger dauere. Er hoffe aber, dass man in nächster Zeit einen Beschlussvorschlag vorlegen könne.

Kreisrat Dr. Kaiser sagte, die ZENTEC GmbH habe sich zu einem hervorragenden Zentrum der Wirtschafts- und Technologieförderung in der Region entwickelt. Insbesondere freue ihn die Einschaltung in das Netzwerk der Metropolregion Rhein-Main. Er hoffe man gehe in diese Richtung weiter.

Kreisrat Dr. Fahn fragte zum Thema Elektromobilität nach der Unterstützung des Freistaates Bayern und wie konkret die Kooperation diesbezüglich aussehe.

Kreisrat Dr. Kaiser fragte ebenso nach seiner Einschätzung zu diesem Thema.

Herr Dr. Heimann antwortete, man habe bei der Schaufensterbewerbung eine Inaussichtstellung des Freistaates, dass dieser bei den Projekten finanziell helfe. Der Bund habe bei den Schaufenstern bereits angekündigt, niedrige Förderquoten zu gewähren. 25% seien zu wenig um jemanden dafür zu gewinnen. Daher habe das Land Hessen 20 Mio. Euro bereitgestellt für die hessischen Partner. Hessen dürfe aber kein Geld an bayerische Firmen gehen, so dass hier die Bayerische Staatskanzlei bei Zustandekommen eines Projektes ihre Hilfe angeboten habe. Diese habe sich aber in Luft aufgelöst, da das Hauptprojekt nicht zustande gekommen sei. Damit sei man aus der aktuellen Kooperation mit dem Freistaat Bayern draußen.

In Bezug zur Elektromobilität sei momentan der „Moll-Ton“ angesagt, dies sei aber nicht überraschend, dass es nach einem solchen Hype in eine Ernüchterungsphase übergehe. Elektromobilität komme, nur anders als man glaube. Bereits jetzt seien 1 Mio. E-Bikes auf den Straßen und der Hype darum sei ungebrochen. Autos selbst seien aber noch nicht attraktiv. Zulassungszahlen aktuell liegen bei ca. 4.500, davon ca. 40 in der Region, dabei aber auch beispielsweise Elektrostapler und Roller. Viele Autohersteller stünden in den Startlöchern.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag der CSU-Fraktion vom 01.02.2012:

Entwicklung und Durchführung des Ehrenamtsforums "Fit fürs Ehrenamt"

Herr Rüth erklärte, am 01. Februar 2012 habe die CSU-Fraktion beantragt, über die koordinierende Ehrenamtsstelle ein Ehrenamtsforum „Fit fürs Ehrenamt“ konzeptionell zu entwickeln und durchzuführen. Diese Einrichtung soll

- den Erfahrungsaustausch unter den Vereinen und Verbänden fördern
- gemeinsame Anliegen artikulieren
- Hilfen bei Problemen bieten
- als Informationsplattform und zur Qualifizierung von ehrenamtlichen Führungskräften dienen.

Die verspätete Behandlung des Antrages sei auf die Erkrankung von Frau Nadja Schillikowski zurückzuführen.

Das Landratsamt Miltenberg habe erstmals am Internationalen Tag des Ehrenamtes am 05. Dezember 2011 haupt- und ehrenamtliche Vertreter von Vereinen, Verbänden und Institutionen zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Hier sei bereits der Wunsch nach regelmäßigem Meinungs- und Erfahrungsaustausch deutlich geworden. Bei einem von der CSU-Kreistagsfraktion durchgeführten Hearing im Januar 2012 seien weitere Problemfelder sichtbar geworden, welche die Arbeit der Ehrenamtlichen erschweren. Angeregt worden seien die Einrichtung eines Forums für einen regelmäßigen Informationsaustausch sowie Hilfestellungen bei konkreten Fragestellungen. Am 13. Februar 2012 sei ein weiteres Treffen mit Vertretern von Vereinen und Verbänden sowie Institutionen durchgeführt worden. Dabei seien die Anregungen aus dem Hearing der CSU-Fraktion mit eingeflossen. Drei Hauptthemen seien behandelt worden: Gewinnung von Ehrenamtlichen, Erhaltung von Ehrenamt, Gesellschaftspolitische Fragen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde der Startschuss für das Qualifizierungsprogramm „Fit fürs Ehrenamt“ gegeben. Es habe eine Auftaktveranstaltung mit Frau Prof. Dr. Rosenkranz am 16. April in Miltenberg stattgefunden. Des Weiteren sei ein Seminar zum Thema „Ehrenamtliche gewinnen und Engagement erhalten“ sowie ein Seminar „Vereine und Steuern“ durchgeführt worden. Aufgrund der großen Nachfrage seien im Herbst noch zwei weitere Seminare hierzu geplant. Diese seien alle ausgebucht. Weitere Themenfelder seien die Einrichtung einer Ehrenamtsbörse sowie die Frage, welche Form der Anerkennungskultur für das Ehrenamt wichtig sei.

Für den Landkreis ergebe sich eine weitere interessante Perspektive. Neben der Fortsetzung des begonnenen Prozesses im Netzwerk erscheine es auch notwendig, eine vertiefte Analyse von Art, Umfang, Innovationskraft und Problemdruck des Ehrenamtes in Vereinen, Verbänden und Institutionen des Landkreises anzugehen. Diese Analyse könne gemeinsam mit dem Netzwerk Ehrenamt zu einem passgenauen Modellprojekt für das Engagement und Ehrenamt im ländlichen Raum fortgeschrieben und in den Folgejahren im Landkreis Miltenberg umgesetzt werden. Für die Analyse und auch mögliche Umsetzung könne auf die Arbeit von Frau Prof. Dr. Rosenkranz sowie von Freiwilligenmanager Joachim Schmitt zurückgegriffen werden.

Kreisrat Andre erklärte, es handele sich um ein wichtiges Thema. Er erinnerte an den Antrag auf Einrichtung der Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement. Man habe den Antrag rechtzeitig gestellt und erfolgreich abschließen können, was die Besetzung 2010 zeigte. Man habe sich mit einer Arbeitsgruppe innerhalb der Fraktion intensiv mit dem Thema beschäftigt und festgestellt, dass in verschiedensten Bereichen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Das gesellschaftliche Leben müsse weiterhin geprägt werden von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und dass diese Menschen besonders geschützt werden müssen. Auch oder gerade in den traditionellen Strukturen. Dies sei der Anlass für die Veranstaltung der CSU am 19.01.2012 gewesen. Die Beiträge der Veranstaltung seien in den Antrag mit eingeflossen.

Er stellte fest, dass aufgrund der bisherigen Geschehnisse der Antrag weitgehend inhaltlich erfüllt sei.

Kreisrat Dr. Schüren meldete sich zu Wort, man hätte dies alles zu einem Satz zusammenfassen können, denn der Vorschlag sei erledigt. Er wundere sich über eine so intensive Beschäftigung.

Landrat Schwing erklärte, viele Kollegen seien bei dieser Veranstaltung nicht dabei gewesen, daher sei es ein notwendiger Statusbericht gewesen, der für alle Kreisräte wichtig sei, insbesondere aufgrund der kontroversen Diskussionen in der Vergangenheit.

Kreisrat Dr. Fahn fasste dies ebenfalls als Sachstandsbericht auf, an dem er sehr interessiert sei. Er bemerkte ausdrücklich, es sei nicht allein basiert auf die Idee der CSU. Insgesamt engagieren sich 36% in Bayern ehrenamtlich, dies scheine viel zu sein, aber im Vergleich zu anderen Bundesländern sei es dort noch mehr. Daher müsse man in Bayern noch etwas nachlegen und daher seien die geplanten Aktionen wichtig und gut. Herr Rüth habe von Anerkennungskultur gesprochen, dies sei wichtig zu steigern. Da gehe es unter anderem auch um Ehrenamtsnachweise und die Ehrenamtskarte, die zum Teil in Bayern eingeführt sei. 7.000 Karten seien bereits ausgegeben worden. Es sei das größte Defizit im Landkreis, dass die Ehrenamtskarte noch nicht eingeführt sei. Er frage sich warum, wenn es doch bayernweit ein Erfolg sei.

Landrat Schwing beantwortete ihm diese Frage, die er schon längst wissen müsse. Man habe auf mehreren Bürgermeisterdienstbesprechungen diese Frage gestellt, denn hierzu benötige man die Kommunen im Kreis. Außerdem benötige man hier eine Halbtagsstelle allein für die Ausstellung der Karten. Momentan könne man aber nicht einmal die Aufgaben erfüllen. Die große Mehrheit der Bürgermeister habe dies abgelehnt.

Kreisrat Dr. Linduschka meldete sich zu diesem Thema ebenfalls zu Wort. Da Netzwerk und die Beratung sei gut. Aber gerade beim Thema Ehrenamt gehe die Diskussion in die falsche Richtung. Ehrenamt sei eine ganz persönliche und individuelle Entscheidung etwas zu tun. Und da habe man im Landkreis großes Potential auf allen möglichen Gebieten. Sicher müsse man die traditionellen Wege gehen und Vereine und Verbände mit einbeziehen, aber auch die privaten Initiativen seien wichtig, daher auch die einzelnen Bürger, deren man weiter Mut machen müsse. Er frage sich daher, ob es nicht ein verheerendes Signal sei, gerade die Ehrenamtskarte nicht einzuführen. Eine individuelle Anerkennung sei notwendig. Auch wenn die Bürgermeister dies ablehnen, habe man als Landkreis die Aufgabe, Anstöße zu geben und Aufwendungen in Kauf zu nehmen. Vieles sei nicht möglich ohne Ehrenamtliche. Man sollte die Leute daher nicht entmutigen.

Landrat Schwing antwortete, seine Ausführungen seien für ihn durchaus nachvollziehbar. Aber die Ehrenamtskarte sei nicht Voraussetzung für jegliches Ehrenamt. Es gebe viele Möglichkeiten und der Landkreis habe viel eingeführt, was andere nicht haben. Jeder könne dies individuell umsetzen.

Kreisrat Reinhard betonte, das Ehrenamtsforum könne nur der Anfang sein. Viele seiner Kollegen sehen genauso wie er, wo es bröckele. Es gehe um den fehlenden Nachwuchs und das Umdenken der Gesellschaft. Hier müsse man viel Kraft einsetzen, es sei ein wichtiges Thema. Bei der genannten Veranstaltung seien viele Vereinsvorstände dabei gewesen, aus den verschiedensten Bereichen, die klares Signal gegeben haben, dass die Unterstützung nicht in Form der Ehrenamtskarte, sondern woanders notwendig sei.

Herr Rüth fügte hinzu, man habe dieses Thema bei den Ehrenamtsnetzwerktreffen bereits diskutiert. Natürlich schaue man nicht nur auf die Vereine und Verbände, sondern auch darüber hinaus. Aber das Herzstück der ehrenamtlichen Arbeit werde in den Vereinen und Ver-

bänden geleistet. Die Ehrenamtskarte sei nicht der Schlüssel zur Problemlösung. Das Argument der Vereine sei auch: Wer und wer nicht erhalte diese Karte!? Darüber hinaus könne auch ein monetärer Ansatz nicht der Beweggrund für ein Ehrenamt sein. Dies resultiere aus innerer Überzeugung und persönlicher Erfüllung. Daher sei die Ehrenamtskarte, auch aus Sicht der Praktiker, nicht oberste Priorität.

Kreisrat Dr. Schüren wies darauf hin, die Ehrenamtskarte dürfe in ihrer Funktion auf keinen Fall gekürzt werden auf Stabilisierung oder Reanimierung von Vereinsarbeit. Dies sei der Knackpunkt, andere Bereiche seien genauso wichtig. Vereine müssten anders stabilisiert werden.

Landrat Schwing wies darauf hin, die Ehrenamtskarte könne man nicht differenzieren, sie stehe jedem zu.

Kreisrat Stappel wunderte sich über die geäußerte Kritik. Es gehe hier um eine gute Sache, die allen Bürgerinnen und Bürgern im Kreis diene. Und daher müssten alle zusammenstehen und helfen, den richtigen Weg zu finden. Die meisten Menschen leisten ihr Ehrenamt aus Liebe, Herz und Verantwortungsgefühl.

Kreisrat Scherf erklärte, man habe viel Engagement in Vereinen, habe auch aber viel Potential für Ehrenamt, was nicht in Vereinen gebunden sei. Er habe aber die Befürchtung, dass die Karte ein Politikum werde. Man müsse sowieso die Personalsituation abwarten, daher schlug er vor, den Prozess einfach einmal einige Monate weiterlaufen zu lassen und Rückmeldungen abzuwarten. Er bat darum, dies nicht mit der Diskussion kaputt zu machen.

Landrat Schwing gab zu bedenken, es seien damals viele von ihnen gegen die Halbtagsstelle Ehrenamt gewesen. Diese kritisieren nun die Nicht-Einführung der Ehrenamtskarte.

Kreisrat Ritter meldete sich zu Wort, in ca. acht Wochen werde er den Bayerischen Landessportverband abgeben, den er nun über 45 Jahre als Vorsitzender geleitet habe. Niemand im Landkreis kenne die Sportvereine so gut wie er. Die reine Karte bringe seiner Meinung nach überhaupt nichts, sie müsse ja mit etwas „vergoldet“ werden. In den Vereinen werde nicht danach gefragt. Er sei dankbar, dass die Kommunen nun mithelfen, dass es im Ehrenamt weitergehe. Das Problem sei, dass junge Leute nicht mehr bereit seien, sich auf lange Zeit zu engagieren, wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Daran werde auch die Ehrenamtskarte nichts ändern.

Kreisrat Andre fügte hinzu, die meisten Vereine seien gegen die Einführung der Ehrenamtskarte, da sie bürokratische Vorschriften und Kontrolle gebunden sei und außerdem müsse man Firmen finden, die entsprechenden Vergünstigungen zu bieten.

Landrat Schwing griff den Vorschlag von Kreisrat Scherf auf und bat darum abzuwarten. Man habe momentan kein Personal und die Ehrenamtskarte alleine löse die Probleme nicht. Man habe bereits vieles auf den Weg gebracht, trotz der eingeschränkten Möglichkeiten, und es seien wichtige Informationen für die Kreisräte gewesen.

Das von der CSU-Kreistagsfraktion beantragte Ehrenamtsforum wurde eingerichtet und ein Qualifizierungsprogramm „Fit fürs Ehrenamt“ begonnen. Die gewünschten Maßnahmen wurden umgesetzt, so dass der Antrag erfüllt ist.

Tagesordnungspunkt 3:

Stellungnahme des Landkreises Miltenberg zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms Bayern; Bekanntgabe einer Eilentscheidung

Frau Ott gab folgende Eilentscheidung bekannt:

Der Bayerische Ministerrat hat in seiner Sitzung am 22. Mai 2012 den Entwurf der Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern beschlossen (kurz: LEP). Das LEP ist das querschnittsorientierte Zukunftskonzept der Bayerischen Staatsregierung. Im LEP sind die für die räumliche Ordnung und Entwicklung Bayerns wichtigen Grundsätze und Ziele festgelegt. Das LEP wurde 1976 erstmals aufgestellt und bis 2006 insgesamt fünfmal fortgeschrieben. Inhaltlich stellen die Festlegungen der aktuellen Gesamtfortschreibung auf den demographischen Wandel, den Umbau der Energieversorgung und verstärkten räumlichen Wettbewerb ab. Es wurden unter anderem die Gemeinden, Städte und Landkreise, sowie die Regionalen Planungsverbände und der Bayerische Landkreistag zur Stellungnahme aufgefordert.

Die Stellungnahmen des Regionalen Planungsverbands der Region Bayerischer Untermain und des Bayerischen Landkreistages, die im September intern zur Kenntnis vorlagen gaben Anlass, einzelne speziell für den Landkreis Miltenberg bedeutsame Aspekte aufzugreifen bzw. zu ergänzen.

Der Landkreis hat in seiner Stellungnahme zunächst festgestellt, dass er die umfangreiche Stellungnahme des Bayerischen Landkreistages vom 05.09.2012 unterstützt, der sich in vielen Punkten für eine noch größere Stärkung vor allem des ländlichen Raums einsetzt. Weiterhin hat sich der Landkreis Miltenberg der Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes Bayerischer Untermain vom 06.09.2012 angeschlossen, der auf die Besonderheiten der Region eingeht und hierzu Forderungen zur Stärkung im LEP erhebt.

Zusätzlich hat der Landkreis Miltenberg folgende Punkte hervorgehoben:

1. Nachhaltige Raumentwicklung: Konflikte zwischen Raumnutzungsansprüchen und ökologischer Belastbarkeit:

Der Landkreis wendet sich gegen die Eingrenzung von Spielräumen im Einzelfall, wenn bei Vorhaben ökologische Konflikte auftreten.

Der Landkreis ist stark durch seine beiden Naturparke geprägt, die von der Landkreisfläche einen erheblichen Anteil einnehmen. Gemeinden des Landkreises beklagen daher immer wieder, in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch die Vorgaben aus den Naturparkverordnungen zu stark eingeschränkt zu werden. Der Landkreis forderte daher, dass die wenigen Spielräume, die bislang bei solchen Nutzungskonflikten bestehen, nicht durch strikte, der Einzelfallbetrachtung nicht zugängliche Regelungen auf Ebene der Raumordnung eingeschränkt werden.

2. Vermeidung von Zersiedelung: sog. Anbindungsgebot

Hiernach sollen Neubauf Flächen möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten ausgewiesen werden und vorrangig die Baulandreserven, Brachflächen und leerstehende Bausubstanz genutzt sowie flächensparende Siedlungsformen angewandt werden.

Der Landkreis Miltenberg sieht hier wie der Bayerische Landkreistag eine weniger strikte Vorgabe als im Entwurf als ausreichend an. Die Gemeinden des Landkreises Miltenberg wollen im Rahmen einer sinnvollen Entwicklung regelmäßig neue Siedlungsflächen an geeignete bestehende Siedlungseinheiten anbinden, um eine Zersiedelung zu verhindern. In Fallgestaltungen, in denen dies nicht möglich ist, sollte die Möglichkeit einer Abwägung im Einzelfall gegeben werden.

3. Europäische Metropolregionen.

Der Landkreis Miltenberg gehört zur Metropolregion Rhein-Main. Als bayerische Region im wirtschaftsstarken Rhein-Main-Gebiet mit besten Verkehrsanbindungen hat der Untermain hervorragende Standortbedingungen gerade für internationale Unternehmen. Daher kann der Landkreis im entsprechenden Kontext im Entwurf nicht als Ganzes dem ländlichen Raum gleichgesetzt werden. Schließlich ist er ja auch an anderer Stelle klar zum Teil als Verdichtungsraum eingestuft.

Auf die vom Regionalen Planungsverband geforderte Umformulierung hierzu legt der Landkreis Miltenberg daher großen Wert.

4. Verkehr:

Für den Landkreis Miltenberg ist Infrastruktur ein wichtiger Faktor, der bestmöglich gesichert und fortentwickelt werden muss. Insofern sollte das Verbot der „Doppelsicherung“ entfallen, da dies dem Regionalen Planungsverband Bayerischer Untermain die Möglichkeit nehmen würde, regional bedeutsame Verkehrsprojekte zusätzlich auch im Regionalplan zu sichern und sie dadurch zu befördern.

Landrat Schwing fügte hinzu, man habe sich selbstverständlich den Stellungnahmen des Regionalen Planungsverbandes und des Landkreistages angeschlossen. Es sei keine zeitnahe Sitzung gewesen, daher die Bekanntgabe als Eilentscheidung und kein Beschluss. Dies sei gängige Praxis. Er bat darum, keine inhaltliche Diskussion zu führen. Es sei eine Fülle von Änderungsvorschlägen eingegangen, die man zuerst einmal bearbeiten müsse. Er sei gespannt, was dabei herauskomme. Man habe einen vernünftigen Weg eingeschlagen. Man habe versucht, die vorhandenen Spielräume zu erhalten, auch im Interesse der Bürger und Kommunen.

Kreisrat Dr. Kaiser erklärte, er sei mit der Stellungnahme einverstanden, aber er meine, irgendwo sei das Verfahren schief gelaufen. Er fragte, wann die Aufforderung vom Wirtschaftsministerium eingegangen sei und mit welchem Termin für die Abgabe, dass der Kreistag darüber nicht diskutieren könne.

Landrat Schwing antwortete, diese Kritik sei von allen Landräten erhoben worden. Dieses dicke Werk sei nicht innerhalb von zwei Wochen abzuarbeiten, man benötige dafür einige Monate. Und es sei zur Ferienzeit eingegangen. Daher sei es nicht möglich gewesen, dies in eine Sitzung des Gremiums zu bringen.

Frau Ott ergänzte, die Aufforderung sei Ende Juni eingegangen, danach habe es verschiedene Abteilungen durchlaufen. Frist sei auf September gesetzt gewesen. Bei anderen Landkreisen wär dies ebenso gewesen.

Kreisrat Dr. Linduschka fragte, ob es einen Antrag auf Verlängerung der Landkreise gegeben habe.

Landrat Schwing erklärte, es gehe nicht nur um Landkreise, sondern auch um Städte, Planungsverbände, Bankbehörden, Kreise etc.

Kreisrat Reinhard fügte hinzu, es habe eine beantragte Fristverlängerung von einigen Kommunen gegeben, diese sei aber negativ beschieden worden.

Der Kreisausschuss nahm die Bekanntgabe zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

**Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG);
Betrieb einer Atemschutzübungsstrecke im Industrie-Center Obernburg durch die
Mainsite GmbH & Co. KG im Auftrag des Landkreises Miltenberg;
Techn. Sanierung der bestehenden Anlage**

Herr Rosel erläuterte die Beschlussvorlage:

Der Betrieb einer Atemschutzübungsstrecke für die Feuerwehren im Landkreis ist eine Pflichtaufgabe des Landkreises im überörtlichen Brandschutz gemäß Art. 2 des Bayerisches Feuerwehrgesetzes.

Zur Sicherstellung dieser Aufgabe kooperiert der Landkreis seit Mitte der 80er Jahre mit der ENKA AG bzw. der Mainsite GmbH & Co. KG dergestalt, dass die Mainsite GmbH & Co. KG als Rechtsnachfolgerin der damaligen ENKA AG aufgrund des Vertrages vom 03.03./20.03.1986 eine Atemschutzübungsstrecke für den Landkreis betreibt. Dieser Vertrag wurde zum 31.12.2011 durch die Mainsite gekündigt mit der Zusage, die Anlage bis zur Neugestaltung der Vertragsbeziehungen weiter zu betreiben.

Anlass der Vertragskündigung war die übereinstimmende Erkenntnis sowohl der Mainsite als auch der Landkreisverwaltung, dass die bestehende Anlage hinsichtlich ihrer gerätetechnischen Ausstattung und ihrem Zustand nicht mehr dem Stand der Technik entspricht – sie ist schlichtweg abgenutzt und „verbraucht“. Darüber hinaus entsprechen auch die sanitären Einrichtungen nicht mehr dem heutigen Standard, insbesondere den Anforderungen durch den gestiegenen Anteil weiblicher Feuerwehrkräfte.

Es ist vorgesehen, die Ausstattung der Atemschutzübungsstrecke einschl. eines Übungsplatzes mit Heißübungscontainer und Tankübungsanlage durch den Landkreis zu erneuern, wobei geprüft wird, in wie weit bereits vorhandene Teile (Gitterkäfigsystem, Tankübungsanlage, ...) weiterverwendet werden können. Die für die Atemschutzübungsstrecke benötigten Räumlichkeiten würden am bisherigen Standort von Mainsite ertüchtigt und bereitgestellt. Es wird angestrebt, die neue Anlage bis Ende des Jahres 2013 in Betrieb zu nehmen.

Eine erste Schätzung hat ergeben, dass hinsichtlich der Neuausstattung von einem Kostenaufwand in Höhe von ca. 300.000 Euro auszugehen ist. Die genauen Kosten können erst nach Durchführung einer präzisen Ausschreibung ermittelt werden.

Einzelheiten über die Errichtung und des Betriebs der künftigen Atemschutzübungsstrecke werden in einem Vertrag zwischen dem Landkreis und der Mainsite geregelt, der dem Kreisausschuss in nichtöffentlicher Sitzung am 08.10.2012 zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wird.

Kreisrat Andre begrüßte die hervorragende Zusammenarbeit.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Kaiser erklärte Herr Rosel, der Festzuschuss sei in den Richtlinien festgelegt, wie im Jahr 1986 auch (damals habe er 60.000 DM betragen, die Kosten insgesamt 150.000 DM).

Herr Lebold ergänzte, die Richtlinie sei im Dezember 2011 neu erstellt worden. Bis dahin habe es nur 36.500 Euro Zuschuss gegeben. Seitdem betrage dieser 40.000 Euro. Bei 96 Kreisverwaltungsbehörden könne man nachvollziehen, warum diese Erhöhung so schwierig gewesen sei. Im Fördertopf seien momentan ca. 30 Mio. Euro an Mittel aufgelaufen, die nicht abgerufen werden können, weil die Kommunen ihren Eigenanteil nicht aufbringen können.

Landrat Schwing bemerkte, er freue sich über einen Partner wie das ICO und die Mainsite.

Der Kreisausschuss fasste einstimmig den

Empfehlungsbeschluss:

Der Kreistag möge beschließen: Der Landkreis Miltenberg saniert im Jahr 2013 die bestehende Atemschutzübungsstrecke im Industrie-Center Obernburg zusammen mit der Mainsite GmbH & Co. KG vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Landrat Schwing wies auf den Besuch des Ministerpräsidenten Horst Seehofer am 15.10.2012 hin. Er werde eine Landkreisbereisung machen, man habe ein kleines Programm vorbereitet, daher finde die Sitzung des Kreistages auch ausnahmsweise am Vormittag statt. Die erste Station sei ZEWIS, die zweite Station sei im Alten Rathaus in Bürgstadt. Der Kreisausschuss werde eine Einladung erhalten für Bürgstadt. Er bat darum, sich diesen Termin vorzumerken.

Auf Rückfrage von Kreisrat Scherf zur Fluglärmmessung Großostheim antwortete Landrat Schwing, ihm sei bislang noch nichts bekannt.

Kreisrat Dr. Fahn ergänzte, er habe die Informationen, dass der Antrag auf Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission abgelehnt worden sei.

Landrat Schwing antwortete, er habe offiziell noch nichts vom Ministerium vorliegen.

Herr Rüth ergänzte, man habe in der letzten Woche von Kreisrat Dr. Fahn diese Information erhalten. Er habe sich daraufhin in Aschaffenburg erkundigt, die gerade am letzten Donnerstag ein Schreiben des Wirtschaftsministeriums erhalten. Begründung sei, dass die Kommission nur 18 umfassen solle und jetzt bereits 32 Personen darin seien, also weitaus mehr als vorgesehen. Dem Antrag werde wohl somit nicht entsprochen. Dies sei aber nur eine mündliche Aussage und man warte daher auf die schriftliche Vorlage.

Landrat Schwing bestätigte, man warte auf ein offizielles Schreiben und werde sich dann nochmals mit Aschaffenburg beraten. Er erklärte, er halte nichts davon, es nochmals zu versuchen, man sitze am kürzeren Hebel und habe wichtigere Sachen zu erledigen. Außerdem vertrete Aschaffenburg den Landkreis Miltenberg mit. Er wies darauf hin, dass sich Herr Dr. Fahn vom Landtag aus darum kümmern könne.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin